

Das rechtsextreme und ausländerfeindliche Einstellungspotential in den neuen Bundesländern

Armin Pfahl-Traugber, geb. 1963 in Schwalmstadt, Studium der Politikwissenschaft und Soziologie in Duisburg und Marburg, Veröffentlichungen über Rechtsextremismus und Antisemitismus.

Bei gewaltsamen Aktionen und Attacken rechtsextremer Randalierer gegen Ausländer und Asylbewerber in den neuen Bundesländern war nicht selten Beifall und Zustimmung anwesender Bürger zu vernehmen.¹ Trotz durchgängiger Verurteilung der Übergriffe in der Öffentlichkeit ist deren Bewertung bisher allerdings umstritten: Handelt es sich hierbei um Aktionen einer quantitativ eher unbedeutenden Minderheit in der Bevölkerung oder muß von einem größeren rechtsextremen und ausländerfeindlichen Einstellungspotential gesprochen werden? Erschwert wird die Klärung dieser Frage dadurch, daß das rechtsextreme Einstellungspotential nicht unbedingt mit dem Wählerpotential rechtsextremer Parteien identisch ist. So sind zum Beispiel Situationen denkbar, in der für rechtsextreme Forderungen latent offene

¹ Vgl. stellvertretend für zahlreiche Presseberichte: Gewalt gegen Fremde, in: Der Spiegel, 30.9.1991, S. 30-51.

Wähler keine rechtsextreme Partei wählen, weil sie als Wählerpotential anderer Parteien bereits integriert wurden oder weil sich keine attraktive rechtsextreme Partei für dieses Einstellungspotential findet. Insofern besteht eine „Schere zwischen der Existenz rechtsextremer Meinungen und geringer politischer Organisationen“², die sich schließen, aber auch öffnen kann. Ein Schließen der „Schere“ war etwa 1989 in der alten Bundesrepublik bei den Wahlerfolgen der „Republikaner“ zu beobachten. Eine offene „Schere“, dies soll hier belegt werden, besteht in den neuen Bundesländern, wo ein nicht zu unterschätzendes rechtsextremes Einstellungspotential vorhanden ist, das aber bei der Bundestagswahl 1990 nur begrenzt auch rechtsextremen Parteien zugute kam.³

Auskunft über das rechtsextreme und ausländerfeindliche Einstellungspotential geben einige Studien aus der empirischen Sozialforschung, die mittlerweile vorliegen. Bei deren Analyse muß allerdings berücksichtigt werden, daß es zuverlässige sozialwissenschaftliche Forschungsergebnisse hierzu vor der Wende 1989 nicht gab und die hier zitierten Studien zum Teil mit gewissen Vorbehalten hinsichtlich der Repräsentativität, der angewandten Methoden und der Aussagekraft der einzelnen Einstellungsstatements betrachtet werden müssen.⁴ Es empfiehlt sich deshalb, die jeweiligen Zahlenangaben nicht als feste Werte im engeren Sinne, sondern mehr als Trends zur Orientierung zu sehen. Im einzelnen handelt es sich um folgende Untersuchungen:

1. Eine erste Befragung zum Thema wurde kurz nach den Volkskammerwahlen im März 1990 von den Ost-Berliner Sozialwissenschaftlern Günter Gutsche und Peter Ködderitzsch durchgeführt (Gutsche / Ködderitzsch-Studie).⁵ Von 1000 nicht repräsentativ, sondern durch ein Zufallsprinzip ausgewählten Befragten schickten nur 368 den Fragebogen zurück, was den Aussagewert der Studie mindert. Inhaltlich orientierten sich die beiden Ost-Berliner Wissenschaftler bei dem Fragebogen zum Teil an der bekannten SINUS-Studie zum rechtsextremen Einstellungspotential in der Bundesrepublik aus dem Jahre 1979.⁶

2. Im Sommer 1990 führte das Wissenschaftszentrum Berlin eine vergleichende Untersuchung von West- und Ost-Berlinern durch, bei der 1378 beziehungsweise 868 Personen befragt wurden. Berücksichtigt werden muß bei der Auswertung, daß Ost-Berlin aus den verschiedensten Gründen allerdings nicht

2 So Eike Hennig, Die Republikaner im Schatten Deutschlands. Zur Organisation der mentalen Provinz, Frankfurt/M. 1991, S. 219 ff.

3 Die Wahlergebnisse im Osten Deutschlands lagen in allen fünf neuen Ländern unter zwei Prozent und damit auch unter den Resultaten in den alten Bundesländern, vgl. die Zusammenstellung: Bundestagswahl am

2. Dezember 1990. Ergebnisse rechtsextremer und rechtskonservativer Parteien. Dokumentation, in: Blick nach Rechts, Nr. 25, 3.12.1990, S. 2-4.

4 Unter Einstellungsstatements, Statements und Items versteht man in der empirischen Sozialforschung Aussagen mit denen man bestimmte Einstellungen messen kann, etwa: „Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein.“ Stimmen Sie dieser Aussage stark zu / stark / mittel / skeptisch / ablehnend?

5 Ködderitzsch berichtet darüber in: Peter Ködderitzsch / Leo A. Müller, Rechtsextremismus in der DDR, Göttingen 1990, S. 85-89.

6 5 Millionen Deutsche: „Wir sollten wieder einen Führer haben...“. Die SINUS-Studie über rechtsextremistische Einstellungen bei den Deutschen, Reinbek bei Hamburg 1981.

repräsentativ für die gesamte ehemalige DDR ist. Hinsichtlich des hier zu untersuchenden Einstellungspotentials sind in dieser Studie Ergebnisse von Interesse, die sich auf Autoritarismus, Ethnozentrismus und Nationalismus bezogen und über die Zustimmung zu 10 Statements gemessen wurden. (Wissenschaftszentrum-Studie)⁷

3. Gesonderte Untersuchungen zum rechtsextremen Einstellungspotential führte das damals noch existierende Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig im Juni/Juli 1990 bei über 1 000 Schülern der 9. Klassen aus Großstädten der DDR durch, wobei insbesondere nach entsprechenden Orientierungsmustern, dem „stillen Rechtsextremismus“, gefragt wurde. (Zentralinstitut-Studie)⁸

4. Speziell zur Ausländerfeindlichkeit und zum Rechtsextremismus erstellten ehemalige Mitarbeiter des Leipziger Instituts im Auftrag der Freudenberg-Stiftung eine Studie auf Basis der Befragung von 1624 beziehungsweise 1170 junger Ostdeutscher, die im Freistaat Sachsen im November/Dezember 1990 durchgeführt wurde. (Freudenberg-Studie)⁹

5. Ausländerfeindlichkeit auf dem Gebiet der ehemaligen DDR war auch das Thema einer im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung erstellten Analyse des Kölner Instituts für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik (ISG), das im November/Dezember 1990 nach einer ersten Reihe explorativer Tiefeninterviews standardisierte Interviews mit 205 Deutschen und 117 Ausländern und qualitative Leitfadengespräche mit 56 Experten durchführte. (ISG-Studie)¹⁰

6. Eine gesonderte Untersuchung zum Antisemitismus in der ehemaligen DDR führte ebenfalls im November/Dezember 1990 der Lehrstuhl für Soziologie der Universität Erlangen-Nürnberg auf Basis einer Umfrage durch, bei der 900 repräsentativ ausgewählte Bürger, 100 verweigerten eine Antwort, einen entsprechenden Fragebogen ausfüllten. (Antisemitismus-Studie)¹¹

Zwar schließen insbesondere die letztgenannten Studien an gewohnte sozialwissenschaftliche Standards an, trotzdem sind die genannten Vorbe-

7 Wissenschaftszentrum Berlin, Was wird aus Berlin? Eine Befragung zur politischen und sozialen Entwicklung Berlins, Berlin 1990, unveröffentlichtes Manuskript; vgl. auch Richard Stöss, Wieviel Rechtsextremismus darf's denn sein?, in: Ideen, Nr. IV/Juli 1991, S. 5-20.

8 Zusammengefaßt wurden die Ergebnisse dieser Studie von Wilfried Schubarth, Wie real ist eine „rechte Gefahr“ im Osten Deutschlands? Zu Verbreitung und Ursachen von Rechtsextremismus unter ostdeutschen Jugendlichen in: Außerschulische Bildung, 4/1990, S. 322-324, und in ders., Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen der (ehemaligen) DDR, unveröffentlichtes Manuskript.

9 Walter Friedrich / Wolfgang Netzker / Wilfried Schubarth, Jugend in den neuen Bundesländern. Ihr Verhalten zu Ausländern und zu einigen aktuellen politischen Problemen, Leipzig 1991, unveröffentlichtes Manuskript; Wilfried Schubarth / Walter Friedrich, Einstellungen ostdeutscher Jugendlicher zu Rechts- und Linksextremismus, Leipzig 1991, unveröffentlichtes Manuskript.

10 ISG Sozialforschung und Gesellschaftspolitik, Ursachen, Umfang und Auswirkungen von Ausländerfeindlichkeit auf dem Gebiet der ehemaligen DDR und Möglichkeiten ihrer Überwindung, Köln 1991, unveröffentlichtes Manuskript.

11 Reinhard Wittenberg / Bernhard Frosch / Martin Abraham, Antisemitismus in der DDR. Überraschende Ergebnisse der ersten Repräsentativ-Umfrage und einer Befragung von Jugendlichen in Jena, in: Tribüne, Nr. 118/1991, S. 102-120.

halte weiter zu berücksichtigen, da sich die empirische Forschung im Osten Deutschlands aus arbeitstechnischen Gründen immer noch auf einem etwas unsicheren Terrain bewegen muß. Im folgenden sollen nun die genannten Studien hinsichtlich rechtsextremer und ausländerfeindlicher Ideologieelemente analysiert werden.

Nationalismus

Unter Nationalismus verstehen offensichtlich alle hier vorgestellten Untersuchungen die Höherwertung der eigenen und die Abwertung einer anderen Nation. Bedacht werden muß aber, daß Nationalismus bereits dann vorhegt, wenn die „Nation“ auf einer Werteskala den höchsten Wert hat und Menschen- und Bürgerrechte entsprechend der „Nation“ untergeordnet sind.¹² Insofern unterschätzen die auszuwertenden Untersuchungen allein durch ihre Nationalismusdefinition dessen Verbreitung.

Zu den Ergebnissen: Dem Item „Die Deutschen haben eine Reihe von guten Eigenschaften wie Fleiß, Pflichtbewußtsein und Treue, die andere Völker nicht haben“ stimmten in der Gutsche/Ködderitzsch-Studie über 50 Prozent zu, wobei insbesondere Jugendliche stark vertreten waren. Die Aussage „Ich bin stolz darauf, ein Deutscher zu sein“ fand bei der Wissenschaftszentrum-Studie in Ost-Berlin 57,3 Prozent und in West-Berlin 46,9 Prozent Zustimmung. Auch hier hatte die jüngste Altersgruppe einen beachtlichen Anteil, was sich mit den Ergebnissen der Zentralinstitut-Studie deckt, die eine nationalistische Auffassung, unter anderem mit dem Item „Die Deutschen waren schon immer die Größten in der Geschichte“ gemessen, bei 20 bis 28 Prozent der Jugendlichen ausmachte. Einschätzungen, die auch von der Freudenberg-Studie bestätigt wurden. Selbstverständlich können nicht all die genannten Aussagen per se als antidemokratische Ideologieelemente von rechts verstanden werden, deutlich wird aber ein nicht zu unterschätzendes nationales Potential, das offensichtlich doch für rechtsextreme Agitation empfänglich sein dürfte. Darüber hinaus muß darauf hingewiesen werden, daß Parolen wie „Ich bin stolz darauf, ein Deutscher zu sein“ überaus problematisch sind, da die Personen, die diesen zustimmen, eine natürliche Eigenschaft (Geburt in einem bestimmten Land) zum Anlaß von Stolz nehmen, ohne daß dafür irgendeine Leistung erbracht würde, die diesen Stolz rechtfertigt. Kurzum, hier wird ein charakteristisches Merkmal zu einem Wert stilisiert für den niemand verantwortlich sein kann.

Autoritarismus, Führermentalität und Antipluralismus

Mit Autoritarismus sind Law and order-Mentalitäten, die freiwillige und unreflektierte Unterordnung unter vorgebliche Autoritäten und der Gehorsam um seiner selbst willen gemeint. Es handelt sich dabei um Charakterstrukturen, die sich nicht nur im politischen Bereich, sondern auch im All-

¹² Vgl. hierzu ausführlicher Armin Pfahl-Traughber, Nationalismus: Eine antidemokratische Integrationsideologie, in: Vorgänge, Nr. 106/1990, S. 89-97.

tagsleben ausdrücken. Darüber hinaus muß bedacht werden, daß Autoritarismus kein spezifisch rechtsextremes Ideologeelement ist, sondern sich auch in anderen politischen Spektren, auch und gerade dem Linken (SED, DKP) findet.¹³ Dies gilt für die Führermentalität weniger, die doch recht eindeutig im politisch rechten Spektrum, Stichwort: Notwendigkeit eines „starken Mannes“, zu verorten ist. Antipluralismus soll hier verstanden werden als ablehnende Haltung gegenüber anderen Interessen und Meinungen sowie als Ausdruck der eingeforderten Unterordnung von individuellen und Gruppeninteressen unter ein angebliches „Gemeinwohl“. Die damit verbundene Intoleranz ist ebenso wie der Autoritarismus kein spezifisch rechtsextremes Phänomen, beides sind allerdings Mentalitätsbestände, die für rechtsextreme Agitation überaus mobilisierbar sind.

Zu den Ergebnissen: Bei der Wissenschaftszentrum-Studie stimmten 25,4 Prozent der West-Berliner und 44,3 Prozent der Ost-Berliner der Aussage „Wer seine Kinder zu anständigen Bürgern erziehen will, muß von ihnen vor allem Gehorsam und Disziplin verlangen“ und 41,3 Prozent beziehungsweise 51,1 Prozent der Aussage „In unserem Staat sollen sich Gruppen und Verbandsinteressen bedingungslos dem allgemeinen Wohl unterordnen“ zu. 16 Prozent der Jugendlichen stimmten nach der Zentralinstitut-Studie der Aussage zu, daß „wir wieder einen Führer haben (sollten), der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert.“ Ähnliche Ergebnisse hatte die Freudenberg-Studie, die eine gewisse Führermentalität bei 17 Prozent der ostdeutschen Jugendlichen nachweist. Für die antipluralistische Einstellungen messende Aussage „Wem es in Deutschland nicht paßt, der soll auswandern“ wurde eine Zustimmung von 40 Prozent ermittelt, was auf weit verbreitete Intoleranz von Jugendlichen schließen läßt.¹⁴

Einstellung zum Nationalsozialismus und zu NS-Ideologeelementen

Während, wie angedeutet, Autoritarismus und Antipluralismus nicht nur dem rechtsextremen Einstellungspotential zugeordnet werden können, gilt dies für die positive Einstellung zum Nationalsozialismus beziehungsweise gegenüber nationalsozialistischen Ideologeelementen. Dazu gehört neben der zuvor behandelten Führermentalität vor allem Rassismus.

Zu den Ergebnissen: In der Gutsche/Köderitzsch-Studie stimmten der Antwortvorgabe „Nicht nur unsere Umwelt, sondern auch unsere Rasse muß rein erhalten werden“ 5 Prozent der Befragten mit „völlig richtig“ und 14 Prozent mit „teilweise richtig“ zu. „Der Einfluß von Juden und Freimaurern auf unser Land ist auch heute noch groß“, dies meinten 16 Prozent, bei den Jungen über 23 Prozent. Mangelnde Sensibilität, Gleichgültigkeit oder Abgestumpftheit

13 Darauf wiesen zu Recht aus extremismustheoretischer Sicht hin Uwe Backes / Eckhard Jesse, Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 2 Analyse, Köln 1989, S. 195.

14 Vgl. dazu auch Gerda Lederer u. a., Autoritarismus unter Jugendlichen der ehemaligen DDR, in: Deutschland-Archiv, 6/1991, S. 587-596, wo vergleichend bemerkt wird, „daß die Skalenwerte der DDR-Jugendlichen stärker in Richtung einer autoritären Haltung weisen als die Skalenwerte der Jugendlichen in der Bundesrepublik 1991“, ebenda, S. 590.

stellte die Zentralinstitut-Studie bei 10 bis 15 Prozent der befragten Schüler und Lehrlinge fest. Etwa jeder zehnte Jugendliche empfand Sympathie und Achtung für Adolf Hitler, bei Jungen sogar fast jeder siebte. Nach der Freudenberg-Studie meinen 13 Prozent, der Nationalsozialismus habe auch gute Seiten gehabt.¹⁵ In diesem Zusammenhang sind auch einige Ergebnisse hinsichtlich des Themas „Vergangenheitsbewältigung“ bezogen auf den nationalsozialistischen Judenmord von Interesse, die aus der Antisemitismus-Studie gewonnen werden können. Danach stimmen 80,6 Prozent der Befragten der Aussage „Die Nazis haben 6 Millionen Juden ermordet“ zu. 16 Prozent waren sich da nicht so sicher und 3 Prozent verneinten dies. Gleichzeitig waren aber auch 53,5 Prozent der Auffassung „Unter die Vergangenheit gehört ein Schlußstrich“. Das in diesem Zusammenhang auch interessante antisemitische Einstellungspotential wird später noch gesondert behandelt.

Angesichts dieser Ergebnisse der empirischen Sozialforschung bestätigt sich erneut die schon vielfach geäußerte Vermutung einer unzureichenden gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit der Zeit des Nationalsozialismus in der SED-Ära. Der von oben „verordnete Antifaschismus“ war eine autoritär vermittelte, nicht verinnerlichte Haltung, die dazu führte, daß sich schon vor der Wende 1989 ein nicht geringes Akzeptanz- beziehungsweise Sympathiepotential für nationalsozialistische Ideologiefragmente herausbildete.¹⁶

Unterschiedliche Einschätzung von Nationalitäten

Alle bislang durchgeführten Studien zur Einstellung der Ostdeutschen (wie der Westdeutschen) zu Ausländern belegen, daß diese ein ziemlich stabiles und fest strukturiertes Verhältnis zu anderen Nationalitäten haben. Dies wird besonders deutlich bei den unterschiedlichen Sympathien und Kontaktpreferenzen gegenüber Ausländern aus den verschiedenen Herkunftsländern. Ausländer als solche existieren nicht im Bewußtsein der Bürger der neuen Bundesländer.

Über entsprechende Sympathie- beziehungsweise Antipathiewerte informiert eine hier noch nicht vorgestellte Studie, die das damals noch existierende Zentralinstitut für Jugendforschung im September/Oktober 1990 finden „Spiegel“ durchführte.¹⁷ Anhand einer Skala von + 5 bis - 5 sollte der Grad der Zuneigung beziehungsweise Aversion gegenüber „Angehörigen verschiedener Völker“ angegeben werden. Dabei ergaben sich folgende als stark gestuft und differenziert angegebene Mittelwerte: für Österreicher + 2,7, für Franzosen + 2,6, für Juden +1,3, für US-Amerikaner +1,2, für Russen + 0,8, für Polen - 0,4, für Türken - 0,8 und für Sinti und Roma - 1,5. Über diese Ergebnisse, die keine ostdeutsche Besonderheit, sondern eine gesamtdeutsche

15 Vgl. allgemein auch Wilfried Schubarth, Einstellungen Jugendlicher zum Faschismus, in: Geschichte und Gesellschaftskunde, 4/1990, S. 328-321.

16 Vgl. Wilfried Schubarth / Ronald Pschierer / Thomas Schmidt, Verordneter Antifaschismus und die Folgen. Das Dilemma antifaschistischer Erziehung am Ende der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 9/91, S. 3-16.

17 Frauen zurück an den Herd? Spiegel-Umfrage in der gesamtdeutschen Bundesrepublik: Was die Deutschen in Ost und West eint und trennt (II), in: Der Spiegel, Nr. 47/1990, S. 113-127, hier S. 113, 115.

Gemeinsamkeit sind, bemerkte der „Spiegel“: „Da spricht aus einigen Antworten sogar Haß. Den negativsten Wert - 5 (sehr unsympastisch) wählten 6 von 100 Befragten, als sie sich über die Polen äußern sollten, sogar 10 von 100 bei der Frage nach den Türken.“¹⁸

Besonders auffällig ist die große Aversion gegen Türken, die noch größer als in den alten Bundesländern ist, - 0,2 im Westen, - 0,8 in der ehemaligen DDR. Da diese Ablehnung kaum auf eigener Kenntnis, geschweige denn auf persönlichen Erfahrungen beruhen könne, so die ISG-Studie, sei zu vermuten, daß westdeutsche Stereotype rasch von der ostdeutschen Bevölkerung übernommen worden seien, wobei man nicht ausschließen könne, daß hierzu auch die Massenmedien beigetragen hätten. Unabhängig davon, ob man dieser Interpretation zustimmt oder nicht, belegt gerade die Aversion gegen eine gar nicht vorhandene Gruppe, wie wenig Ausländerfeindlichkeit mit den real vorhandenen Ausländern zu tun hat und daß diese keineswegs automatisch verschwindet, wenn der Anteil von Ausländern geringer wird.¹⁹

Angesichts der gestuften Aversion gegenüber den Angehörigen verschiedener Herkunftsländer, die in dieser Form auch bei Jugendlichen in der Freudenberg-Studie nachgewiesen wurde, stellt sich die Frage, ob man per se von Ausländerfeindlichkeit sprechen kann, da sich diese ja primär gegen bestimmte Gruppen und nicht gegen alle Ausländer richtet. Hier bietet sich der Begriff Rassismus an, der diese differenzierte Bewertung besser zum Ausdruck bringt, aber hinsichtlich der ideologischen Legitimation von Aversionen in einem anderen Zusammenhang steht. Ein das beschriebene Phänomen richtig kennzeichnender Begriff fehlt allerdings noch. Daher benutze ich hier im weiteren den etwas unzulänglichen Terminus „Ausländerfeindlichkeit“.

Ausländerfeindliche Stimmungen

Deutlich werden entsprechende Stimmungen als Einstellungspotential nicht nur bei der Einschätzung der Angehörigen verschiedener Völker, sondern auch ganz allgemein bei Aussagen darüber, welche Rechte man Ausländern zubilligt, oder darüber, was mit ihnen geschehen beziehungsweise welcher Stellenwert ihnen in der Gesellschaft zukommen soll. Hinsichtlich dieser Aspekte haben die genannten Studien ausführlich Daten erhoben:

In der Gutsche/Ködderitzsch-Studie waren über die Hälfte der Befragten der Meinung „Sie nehmen uns die Arbeitsplätze weg“ und selbst mit der Äußerung „Ihre Hautfarbe gefällt uns nicht“ stimmten noch über 16 Prozent völlig oder teilweise überein.

Nach den Ergebnissen der Wissenschaftszentrum-Studie wollen 25,4 Prozent der Ost-Berliner und 22,7 Prozent der West-Berliner Ausländern jede poli-

¹⁸ Ebenda, S. 113.

¹⁹ Bestätigt wird dies auch durch die Freudenberg-Studie, die einen Zusammenhang von Ausländerfeindlichkeit und fehlenden Kontakten nachweist. Hingewiesen werden muß in diesem Zusammenhang auch darauf, daß die Zahl der Ausländer in der ehemaligen DDR mit ca. 200 000 überaus gering war.

tische Betätigung in Deutschland untersagen. Unter Jugendlichen sind nach der Zentralinstitut-Studie 40 bis 45 Prozent der Auffassung, Ausländer seien als störend anzusehen, und 15 bis 20 Prozent wollen sie sogar des Landes verweisen. Bestätigt werden diese Befunde auch durch die Freudenberg-Studie: 49 Prozent waren hier der Meinung, daß es in Ostdeutschland zu viele Ausländer gibt, 12 Prozent stimmten gar der Aussage „Jeder Ausländer ist einer zu viel“ zu, 55 Prozent wollen den Ausländeranteil verringern, 24 Prozent forderten gar „Ausländer raus“. Hinsichtlich der sozialen Distanz der Befragten gegenüber Ausländern wurde folgendes ermittelt: Ein Fünftel lehnt es ab, sich neben einen ausländischen Menschen zu setzen, ein Viertel würde nicht gemeinsam mit einem Ausländer etwas trinken, ein Drittel lehnt es ab, einen ausländischen Menschen nach Hause einzuladen.

Es kann also von einem nicht zu unterschätzenden ausländerfeindlichen Einstellungspotential ausgegangen werden. In der ISG-Studie wird dies wie folgt bewertet: Ein Viertel der Befragten sei deutlich ablehnend gegen Ausländer eingestellt, ein Fünftel befürworte eine aktive Integrationspolitik und mehr als die Hälfte müsse als ambivalent eingeschätzt werden, da von ihr gleichzeitig ausländerablehnende Positionen als auch integrationsfördernde Auffassungen vertreten würden. Da diese Bewertung auf Daten vom Ende 1990 beruht, kann wohl angesichts der gegenwärtigen Entwicklung davon ausgegangen werden, daß sich dieses Potential verstärkt ausländerfeindlichen Orientierungen zuwendet.

Antisemitismus

Von besonderem Interesse ist angesichts der fehlenden öffentlichen Auseinandersetzung um den Holocaust und die antiisraelische Agitation zu SED-Zeiten das Verhältnis der Ostdeutschen den Juden gegenüber und ihr eventuell antisemitisches Einstellungspotential. Folgt man der oben erwähnten Sympathiebewertung für Juden, so kann man von letzterem eigentlich nicht sprechen, sind doch die Werte recht positiv. Auch die Antisemitismus-Studie spricht lediglich von einem „harten Kern“ mit jüdenfeindlichen Einstellungen von 6 Prozent. Betrachtet man sich diese Studie genauer, so verwundert allerdings diese optimistische Einschätzung, denn es gibt für eindeutig antisemitische Items eine relativ hohe Zustimmung: Der Aussage „Jüdische Geschäftsleute halten zusammen“ stimmten 18 Prozent der Befragten zu, „Juden bevorzugen leichte und bequeme Tätigkeiten“ 14 Prozent, „Juden arbeiten mehr mit Tricks als andere“ 11,6 Prozent, „Alle Juden sollten nach Israel gehen“ 11,4 Prozent, „Es gibt Fehler, die hegen den Juden im Blut“ 10,9 Prozent, „Juden kümmern sich nur ums eigene Wohlergehen“ 10,8 Prozent und „Juden kann man am Aussehen erkennen“ 10,2 Prozent. Angesichts dieser Werte und bei Berücksichtigung der hohen Zahl der nicht antwortenden Befragten muß durchaus von einem antisemitischen Einstellungspotential ausgegangen werden, das den klassischen jüdenfeindlichen Stereotypen zustimmt.

Affinitäten zu rechtsextremen Parteien/Gruppierungen

Die ausgewerteten Studien belegen recht eindeutig die Existenz eines nicht zu unterschätzenden rechtsextremen und ausländerfeindlichen Einstellungspotentials in den neuen Bundesländern. Dieses quantitativ einzuschätzen, fällt schwer, da die Trennungslinien etwa hin zu konservativen Positionen nicht leicht zu ziehen sind und dafür noch zu wenig detailliertes empirisches Material vorliegt. Auch aus Erfahrungen in Westdeutschland ist bekannt, daß das Einstellungspotential als wesentlich höher als das Wählerpotential für die extreme Rechte eingeschätzt werden muß. Hinzu kommt, daß auch nicht jeder Wähler der „Republikaner“ oder anderer rechtsextremistischer Parteien selbst als Rechtsextremist eingeschätzt werden kann, ebenso wie nicht jeder Wähler der „Volksparteien“ per se als Demokrat anzusehen ist. Wir haben es hier mit einem vielschichtigen und überaus komplexen Phänomen zu tun. Dies muß berücksichtigt werden, wenn man die Affinitäten zur rechtsextremen Parteien und Gruppierungen untersucht.

Dennoch lassen sich folgende Affinitäten festmachen: Nach Gutsche/Ködderitzsch hegen gut 4 Prozent der Befragten Sympathie für die „Republikaner“ und knapp über 10 Prozent sind der Ansicht, daß diese Partei die Interessen des „kleinen Mannes“ vertrete. Auch hier war die Zustimmung der Jugendlichen besonders hoch, was auch die Freudenberg-Studie noch einmal gesondert belegt. Auf die Frage „Fühlen Sie sich zu den folgenden Parteien/Organisationen hingezogen?“ antworteten junge Ostdeutsche wie folgt: „Republikaner“ 6 Prozent, NPD 5 Prozent, DVU 4 Prozent, FAP 3 Prozent, Nationalistische Front 1 Prozent, Wiking-Jugend 2 Prozent und Nationale Alternative 2 Prozent.

Kurzum, wir haben es hier mit einer noch offenen „Schere“ zu tun, das heißt, es existiert ein rechtsextremes Einstellungspotential, besonders unter Jugendlichen, das aber noch kein Wählerpotential darstellt. Ein wesentlicher Grund dürfte sicherlich darin liegen, daß die bundesdeutsche extreme Rechte nicht in der Lage ist, eine für dieses Potential attraktive und insgesamt auch arbeitsfähige Organisation aufzubauen, wie dies etwa in Frankreich mit Le Pens „Front National“ gelungen ist. Beruhigen sollte und kann das Demokraten nicht, da das rechtsextreme Einstellungspotential sich auch anders artikulieren kann und auch schon so eine nicht zu unterschätzende Gefahr für die Politische Kultur einer Demokratie ist.

Soziale Basis des rechtsextremen Einstellungspotentials

Von besonderem Interesse, auch für die Analyse, ist die Frage, aus welchem Personenkreis sich das rechtsextreme und ausländerfeindliche Einstellungspotential zusammensetzt. Gefragt werden muß hier nach der sozialen Basis. Dahingehend liegen bislang nur wenig Informationen vor und auch die genannten Studien beschäftigen sich nur am Rande mit dieser Problematik. Genauere Analysen nimmt lediglich die Freudenberg-Studie vor, die das Ver-

hältnis der jungen Ostdeutschen zu Ausländern untersucht: Danach sind besonders Lehrlinge Ausländern gegenüber feindselig eingestellt, während Studenten, Abiturienten und junge Erwerbstätige eher neutral beziehungsweise ausländerfreundlich orientiert sind. Kinder von Facharbeitern oder Meistern gaben weniger häufig ein positives Verhältnis zu Ausländern an als Kinder von Fachschul- oder Hochschulabsolventen. Als ein überaus wichtiger Faktor erwies sich die Lebensbefindlichkeit in der Selbsteinschätzung der Jugendlichen: Gerade bei jenen Gruppen, die besonders ausländerfeindlich eingestellt sind, herrscht besonders das Gefühl, betrogen worden zu sein, vor und beobachteten die Forscher wachsende Ängste und Sorgen der Befragten in bezug auf ihre eigene Zukunft. Auch zwischen den Geschlechtern gab es deutliche Unterschiede: Weibliche Befragte lehnten Ausländer weniger ab als männliche Befragte. Zu ähnlichen Ergebnissen kam die ISG-Studie, die als die typische Gruppe mit ausländerfeindlichen Einstellungs- und Verhaltensmustern arbeitslose männliche Jugendliche und junge Erwachsene mit geringen beruflichen Qualifikationen ausmachte. Darüber hinaus wird ein enger Zusammenhang zwischen Ausländerfeindlichkeit und einer Verschlechterung der allgemeinen und wirtschaftlichen Entwicklung in den neuen Bundesländern postuliert.

Gerade diese letztgenannten Ergebnisse der empirischen Sozialforschung scheinen jene Erklärungsansätze zu bestätigen, die bereits bei der Analyse der „Republikaner“-Wahlerfolge 1989 unter dem Stichwort „Modernisierungsoffer“ von verschiedenen Sozialwissenschaftlern formuliert wurden. Sie nannten als Ursachen für Rechtsextremismus die Individualisierungstendenzen in modernen Industriegesellschaften, Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot, zunehmende Ohnmachtserfahrungen und Bindungsverluste sowie die Auflösung sozialer Milieus. Genauere Untersuchungen der Europawahlen 1989 bestätigen allerdings eher den „Kleinen-Volkspartei-Charakter“ der „Republikaner“, so daß die „Modernisierungsoffer“-These allein sicherlich nicht das Phänomen erklären kann. Jetzt haben die Anhänger dieses Ansatzes ihre Positionen auf Ostdeutschland übertragen und insbesondere der Jugendforscher Wilhelm Heitmeyer macht für den Rechtsextremismus dort verantwortlich die Zerstörung sozialer Lebenszusammenhänge, Handlungsunsicherheiten in beruflicher Hinsicht, Ohnmachtserfahrungen durch Auflösung²⁰ von familiären und Firmenzusammenhängen und Vereinzelungserfahrungen.

So zutreffend diese Faktoren zwar sind, so problematisch ist aber auch das einseitige Rekurrenieren auf sie. Nicht genügend berücksichtigt wird dabei die Tatsache, daß in der DDR über die SED Werte vermittelt wurden, an die rechtsextreme Orientierungen anschließen können. Als Stichworte seien hier genannt: „nationale“ Appelle, eine autoritäre Staatsvorstellung, die Konstruk-

²⁰ Vgl. stellvertretend für zahlreiche Veröffentlichungen Wilhelm Heitmeyer, Der Eisberg im Osten Zu den Ursachen des jugendlichen Rechtsradikalismus und der wachsenden Gewaltbereitschaft in den neuen Bundesländern, in Die Tageszeitung, 18.6.1991

tion eines nationalen Geschichtsbildes, Militarismus, die Ideologie natürlicher Ungleichheit, eine oberflächliche Bewältigung der NS-Vergangenheit und die monokulturelle Gesellschaft. Außerdem wären aus extremismus-theoretischer Sicht noch gemeinsame Strukturmerkmale entsprechender Doktrine zu nennen, wie Absolutheitsansprüche, Dogmatismus, Freund-Feind-Stereotype, Fanatismus und Aktivismus sowie ein identitäres Politik- und Gesellschaftsverständnis und die Auffassung von der Homogenität des Volkes.

All diese gesellschaftspolitischen Voraussetzungen klammern die Anhänger des „Modernisierungsoffer“-Ansatzes weitgehend aus. Wie wichtig sie indessen sind, belegt unter anderem auch ein gewisses sehnsüchtiges Zurückblicken heutiger Rechtsextremisten auf die alte DDR-Zeit.²¹ Darüber hinaus darf auch nicht die Wirkung westdeutscher Politik unterschätzt werden, etwa bei der in der Tat als Schein-Debatte zu bezeichnenden Auseinandersetzungen um die Asyl-Frage. Kurzum, eine einseitige, auf soziale Aspekte bezogene Analyse wird auch nur begrenzten Aussagewert haben. Weitere Forschung und Auseinandersetzung mit diesem Problem sind dringend erforderlich.²² Dies gilt selbstverständlich auch für den westlichen Teil Deutschlands, denn auch hier existiert ein rechtsextremes Einstellungs-potential, was nicht vergessen werden darf. Daß hier das rechtsextreme Potential nicht geringer ist, zeigt auch eine Umfrage vom September 1991. Danach stimmten dem Einstellungsstatement „Das Ausländerproblem hat rechtsradikale Tendenzen aufkommen lassen, haben Sie für diese Tendenzen Verständnis?“ 21 Prozent der Ostdeutschen und sogar 38 Prozent der Westdeutschen zu.²³

21 Vgl. Bernd Siegler, *Auferstanden aus Ruinen ... Rechtsextremismus in der DDR*, Berlin 1991, S. 76; sowie allgemeiner S. 74-88.

22 Vgl. ausführlicher zur Analyse-Problematik und zum organisierten Rechtsextremismus Annin Pfahl-Traughber, *Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern, Organisationen. Einstellungspotential und Analyse*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, i. E.

23 Emnid-September-Umfrage für den „Spiegel“: Schwacher Aufwind für CDU/CSU, in: *Der Spiegel*, Nr. 38/1991, S. 44-57, hier S. 50; die Formulierung des Items ist allerdings problematisch: Nicht das „Ausländerproblem“ hat einen Rechtsextremismus aufkommen lassen, wie gerade der Hinweis auf die Türkenfeindschaft ohne Türken in Ostdeutschland exemplarisch belegt.